

# Wir brauchen ein Gesetz!

--- Türkei ---

VON JULIANA CANO NIETO

Uskul ist gerne mit den Perversen zusammen“, so titelte am 20. Mai die äußerst populistische und religiöse türkische Zeitung Vakit. Zufel Uskul, Abgeordneter der regierenden AKP, ist Vorsitzender der Menschenrechtskommission im türkischen Parlament. Die „Perversen“ waren laut der Zeitung Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle (LGBT), die sich in Ankara anlässlich des Tags gegen Homophobie trafen.

Uskul nimmt seine Aufgabe als Vorsitzender der Menschenrechtskommission ernst. Ein Woche zuvor traf er eine Gruppe von Transsexuellen, um sich mit ihnen über Menschenrechtsverletzungen auszutauschen. Zudem kam er mit Vertretern von Human Rights Watch zusammen, um mit ihnen über den Bericht „We Need a Law for Liberation: Gender, Sexuality, and Human Rights in a Changing Turkey“ zu sprechen, in dem Misshandlungen von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen in der Türkei dokumentiert werden.

Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle leiden in der Türkei besonders unter Einschüchterung und brutalen Angriffen. Diese Form der Diskriminierung wird jedoch weder von der türkischen Gesellschaft wahrgenommen noch von den türkischen Behörden als ein Menschenrechtsproblem anerkannt. Die Behörden schweigen nicht nur zu den Themen Sexualität und Gender als Menschenrechtsfrage, sondern es gibt auch kaum einen bedeutenden Dialog mit der Zivilgesellschaft, insbesondere mit Menschenrechtsorganisationen.

Die vage sprachliche Formulierung bei so genannten „Vergehen gegen die öffentliche Moral“ macht dies noch schlimmer. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft können entsprechende Gesetze willkürlich auslegen und benutzen diese Freiheit auch, um Lesben, Schwule, Bi-, Transsexuelle und Menschenrechtsverteidiger einzuschüchtern, zu verhaften und zu verfolgen. Die Türkei soll diese Gesetze überarbeiten, um ihre diskriminierende Anwendung zu beenden.

Zu den dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gehören Misshandlungen von Schwulen, die oftmals von der Polizei unterstützt und durchgeführt werden. Lesbische Frauen werden von der Familie oft mit Gewalt unterdrückt, und Transsexuelle werden gewaltsam diskriminiert. Homosexuelle werden aus der Armee ausgeschlossen, und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit von

Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen ist weiterhin eingeschränkt.

Trotz einiger Rückschläge hat der Verhandlungsprozess mit der EU zu konkreten Reformen in den letzten fünf Jahren geführt. Dadurch wurden die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen auf dem Papier gestärkt – und in einigen Fällen auch in der Realität. Im Jahr 2005 wurden das Strafgesetzbuch, das Gesetz zur Vereinigungsfreiheit und das Gesetz zum Schutz von Familien überarbeitet.

Doch die regierende AKP ist nun mit einem Verbotverfahren konfrontiert. Dies lässt vermuten, dass die kemalistischen, säkularen Gesellschaftsgruppen, die immer eine autoritäre politische Position vertreten haben, nicht mehr länger von dem Ziel der EU-Mitgliedschaft geleitet werden. Der Wille zur Reform wird immer schwächer. Und Reformen, die bereits umgesetzt wurden, bieten keinen ausreichenden Schutz für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen.

Das Vereinigungsgesetz gab etwa Lambda Istanbul, einer der bedeutendsten LGBT-Organisationen in der Türkei, die Möglichkeit zu arbeiten. Doch das Büro des Gouverneurs von Istanbul erstattete 2007 Anzeige gegen die Gruppierung, da Name und Ziele gegen „Gesetz und Moral“ verstießen. Am 7. April 2008 führte die Polizei eine Razzia in den Büros von Lambda durch. Dies wurde damit gerechtfertigt, dass die Organisation Prostitution ermutige und fördere. Die Organisation wurde am 29. Mai 2008 verboten (siehe Artikel links).

Das türkische Militär behauptet weiterhin, dass Homosexualität eine Krankheit sei, und schließt mit diesem Argument schwule Männer vom Militärdienst aus, was eine offene Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention ist. Würden schwule Männer jedoch in den Streitkräften dienen, wären sie Einschüchterung und Gewalt wegen ihrer sexuellen Orientierung ausgesetzt. Solange Wehrdienstverweigerung nicht möglich ist, fühlen sich viele Männer dazu verpflichtet, sich selbst als „krank“ im Sinne des türkischen Staates zu bezeichnen. Nur so können sie vermeiden, im Militär dienen zu müssen

und demütigenden Untersuchungen ausgesetzt zu sein, um ihre Homosexualität nachzuweisen.

Die Türkei kann Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle nicht einfach ignorieren. Ängste und Vorurteile müssen abgebaut werden. Die EU hat sich klar dazu geäußert, dass Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität in den Beitrittsstaaten beendet werden muss. Zudem verbieten internationale Menschenrechtsstandards Diskriminierung. Sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union fordern dazu auf, umfassende Antidiskriminierungsgesetze zu verabschieden. Das Europäische Parlament hat mehrere Resolutionen mit diesem Ziel veröffentlicht sowie die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Maßnahmen und Kampagnen gegen Diskriminierung zu initiieren.

Ein umfassendes Gesetz gegen Diskriminierung ist nötig und wäre auch ein erster Schritt, um Misshandlung durch die Polizei zu verhindern und faire Verfahren im türkischen Justizsystem zu garantieren. Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle müssen vor Diskriminierung und Gewalt geschützt werden.

Die Türkei hat wichtige Gesetzesreformen bereits durchgeführt. Doch in den letzten Jahren gab es bei der Umsetzung der Reformen kaum Fortschritte. In einigen Bereichen, wie zunehmender Polizeigewalt und der Einschränkung der Meinungsfreiheit, gab es sogar besorgniserregende Tendenzen des Rückschritts. Die Türkei soll den zum Stillstand gekommenen Reformprozess wieder aufnehmen. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und das Recht die Geschlechteridentität selbst zu bestimmen, sollen dabei beiseite geschoben werden.



Juliana Cano Nieto  
Human Rights Watch